N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 31. August 2012, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Wölk
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel, Vaupel
GRÜNE:	Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Sawalies, Wüst
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
Parteilos	Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Oppermann.
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Die Stadtverordneten Dr. Wiegand (SPD), Dr. Baumann (B90/Die Grünen), Stadträtin Dr. Weinbach, Ehrenamtlicher Stadtrat Reinhard, Ehrenamtliche Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Anschließend gedenkt die Stadtverordnetenversammlung zunächst den verstorbenen ehemaligen Mitgliedern des Hauses Ursula Follmann, Peter Klonk und Manfred Gundlach. Der Stadtverordnetenvorsteher spricht Worte des Gedenkens.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Juni 2012 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Hause werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen vier dringliche Anträge vor.

1. Dringlicher Antrag der MBL-Fraktion betr. Versicherungen der Stadt VO/1584/2012

Für die MBL-Fraktion begründet der Stadtverordnete Dr. Uchtmann die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Der Stadtverordnete Rink (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen zwei Stadtverordnete der MBL-Fraktion die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Keine Erhöhung der Gewerbesteuer VO/1585/2012

Der Stadtverordnete Stötzel (CDU) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) spricht gegen die Dringlichkeit der Vorlage.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU,

FDP und Marburger Linken die Dringlichkeit.

Damit ist die geforderte 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

3. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Keine Erhöhung der Grundsteuer VO/1586/2012

Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Der Stadtverordnete Rink (SPD) spricht sich gegen die Dringlichkeit der Vorlage aus.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist jedoch die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

4. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 430 Punkte VO/1587/2012

Für die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weiterhin zur Tagesordnung erklärt der Stadtverordnetenvorsteher, dass der **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Fahrradwegumleitung Trojedamm/Northampton Park VO/1530/2012** auf allen Plätzen der Stadtverordneten liegt. Der Antrag wurde bereits in dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr beraten.

Der Ältestenrat hat sich dafür ausgesprochen, den Antrag noch in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Antrag erhält den Tagesordnungspunkt **Nr. 15.23.**

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung, die angemeldeten Aussprachen und die empfohlenen Zurückstellungen.

Der Tagesordnungspunkt 15.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kauf der Flächen an der Cappeler Straße für Wohnungsbau soll erst im September beraten werden. Er wird zurückgestellt bis zur Septembersitzung.

Weiterhin wird der Tagesordnungspunkt 16.9 betr. 151. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2011 Sonderstatusstädte" zurückgestellt bis zur Septembersitzung.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt in der abgeänderten Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 1 08/2012) Vorlage: VO/1590/2012

Wer ist für die Pflege und Reinigung der Straßenabläufe und der wasserabweisenden Rinnen in Marburg (z. B. Treppenanlage Leipzigerstraße / Rollwiesenweg und Rinne Jammertal) zuständig und in welchen zeitlichen Abständen werden sie gereinigt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Abläufe und Rinnen dienen der Entwässerung befestigter Flächen. Für die öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet inklusive der zugehörigen Entwässerungseinrichtungen ist der Fachdienst Tiefbau zuständig. In der Regel werden die Straßenabläufe und Rinnen zweimal im Jahr durch den DBM gereinigt. Dies geschieht möglichst nach dem Laubfall und nach der Frostperiode, um Laub und Streusplitt zu entfernen. Besondere Wetterlagen erfordern häufig aber auch noch weitere Reinigungen. Dabei sind jedoch nicht immer alle Entwässerungseinrichtungen betroffen.

Ein vollständiger Reinigungszyklus der über 10.000 Entwässerungseinrichtungen in den öffentlichen Verkehrsflächen durch den DBM kostet ca. 70.000 bis 80.000 €. Im Jahr 2011 wurden vom Fachdienst Tiefbau ca. 184.000 € für die Reinigung von Straßenabläufen und Rinnen ausgegeben.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 2 08/2012) Vorlage: VO/1559/2012

Warum ist der Brunnen an dem „Haus der Jugend" entgegen den Wünschen der Südstadtgemeinde
a) nicht in der Frankfurter Straße aufgestellt,
b) nicht als Brunnen, an dem man für den Markt Wasser entnehmen und

sich die Hände waschen kann, ausgeführt und
c) warum ist der jetzt aufgestellte Brunnen schon wieder außer Betrieb?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

zu a) Ausschlaggebend für die Platzierung des Brunnens war die Rücksichtnahme auf die Flächennutzung an den Markttagen. Rangier- und Stellflächen sowie Gehwegsflächen lassen nicht genügend Freiraum zur Aufstellung eines Brunnens. Der Trinkbrunnen befindet sich wie gewünscht im Bereich des Wochenmarktes.

zu b) Im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.02.2010 heißt es unter anderem:

- Käufer bekommen die Gelegenheit, an diesem Brunnen Obst für den sofortigen Verzehr zu säubern,
- Wasser zu trinken,
- Hände zu reinigen,
- Verkäufer können Wasser zapfen.

Es wurde ein Trinkbrunnen errichtet, an dem man Wasser trinken und auch einzelne Früchte (zum Direktverzehr) abwaschen kann. Hände reinigen ist mit der installierten Armatur ebenfalls möglich. Von Seiten der Marktbeschicker ist nach Abstimmung mit dem FB 3, der für die Organisation des Marktes zuständig ist, keine Anfrage nach einer Zapfstelle bekannt.

zu c) Es wurde ein technischer Defekt behoben. Der Brunnen wurde am 06.07.12 wieder in Betrieb genommen.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 3 08/2012) Vorlage: VO/1591/2012

Der Rollwiesenweg kommend vom Südbahnhof stößt auf die Cappeler Straße. Warum sind dort drei verschiedene Geländer angebracht?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Aus folgenden Gründen sind an diesem Standort drei verschiedene Handläufe angebracht:

1) Entlang der Cappeler Straße: roter Handlauf - aus Verkehrssicherheits- und Gestaltungsgründen;
2) Entlang des Fußweges zum Rollwiesenweg: normaler Handlauf zur Sicherheit der Fußgänger, insbesondere älterer Personen aufgrund des Gefälles;
3) Entlang der kleinen Grünanlage: provisorisches Holzgeländer zum Schutz der Anlage (es wurde immer wieder darüber gelaufen). Sobald die Bepflanzung gewachsen und größer geworden ist, wird dieser Handlauf wieder entfernt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 4 08/2012) Vorlage: VO/1560/2012

Kann der Magistrat darüber (mit Zahlen) informieren, in wie weit sich die Verkehrsberuhigung in Michelbach letztes Jahr ausgezahlt hat?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Verkehrszählungen in der Vergangenheit haben ergeben, dass der Verkehr in der Michelbacher Straße durch den Ausbau der Umgehung die die Erneuerung der L 3092 von ca. 5.000 Fahrzeugen auf ca. 3.300 Fahrzeuge verringert werden konnte. Die letzte Zählung wurde im September 2010 durchgeführt.

Da das Seitenradarmessgerät des Fachdienstes Straßenverkehr defekt ist, liegen derzeit keine aktuellen Zahlen nach der Verkehrsberuhigung in Michelbach vor.

Sobald ein neues Zählgerät vorhanden ist (eine Reparatur ist nicht mehr möglich) wird eine entsprechende Verkehrserhebung durchgeführt.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 5 08/2012) Vorlage: VO/1563/2012

Hält der Magistrat einen „Mängelmelder" wie in Offenbach für eine denkbare Alternative, um kleinere Probleme schneller transparenter zu lösen?
(vgl. Artikel „Rot, gelb, grün - schnell, sauber, neu" in der Zeitschrift DEMO 5-6/2012 Seite 23)

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ja. Die Mitarbeiter des Fachdienstes 11 - Technische Dienste hatten sich bereits die Software-Lösung bei einer Messeveranstaltung im Mai diesen Jahres angeschaut und selbst den Eindruck gewonnen, dass es sich hier um eine denkbare Lösung handelt, die in der Stadt Marburg umgesetzt werden könnte. Aus diesem Grunde wurden bei den Haushaltsanmeldungen für das Jahr 2013 bereits Haushaltsmittel angemeldet. Wir hoffen, dass die Mittel bewilligt werden, so dass eine Umsetzung erfolgen kann.

Zum Hintergrund:

Der „Mängelmelder" sieht vor, dass Bürger und Bürgerinnen über ihr Smartphone mithilfe einer Smartphone-App Missstände im Stadtgebiet aufnehmen und direkt an die entsprechende Stelle in der Verwaltung senden. Dabei wird über GPS der Standort des Absenders ermittelt und somit der genaue Standort des Mangels mit übertragen. Auch über einen städtischen Internetauftritt, in den der „Mängelmelder" eingebaut ist, können Mängel an die Verwaltung gemeldet werden.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 6 08/2012) Vorlage: VO/1564/2012

Ist dem Magistrat bekannt, dass die Öffnungszeiten der Fahrkartenschalter im Marburger Hauptbahnhof im Rahmen der Umgestaltung weiter eingeschränkt und die personelle Kapazität weiter verringert werden soll und was gedenkt der Magistrat zu unternehmen, um diesen weiteren Verlust an Service und Attraktivität des Marburger Hauptbahnhofs im Vergleich zu ähnlichen Städten zu verhindern?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derartige Überlegungen sind dem Magistrat nicht bekannt.

Die Regionale Vertriebsleitung Mitte der DB Vertrieb GmbH hat uns auf Anfrage schriftlich mitgeteilt, dass die Ausgestaltung der regionalen Vertriebspräsenz - hierzu zählen auch die Reisezentren - einer regelmäßigen Überprüfung untersteht. Dabei würden neben den wirtschaftlichen Kennzahlen die Kundenbedürfnisse und die Betrachtung der Kundenströme sowie das Kaufverhalten eine wichtige Rolle spielen. Geänderten Rahmenbedingungen bzw. einer geänderten Kundennachfrage müsste sich dann natürlich auch ein personenbedienter Verkauf anpassen. In der Konsequenz bedeutet dies, so die DB Vertrieb GmbH, dass es in Marburg während nachfrageschwacher Zeiten zu Änderungen in der Schalterbesetzung kommen kann.

Details über geplante Maßnahmen konnte die DB Vertrieb GmbH noch nicht erläutern, da ein konkreter Umsetzungsplan noch nicht beschlossen wurde.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 7 8/2012) Vorlage: VO/1566/2012

Welche Kenntnisse hat der Magistrat über die zukünftige Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Fronhofschule, Schulstr. 14, nachdem diese mit der Pestalozzischule zusammengelegt wurde und wem gehört diese Liegenschaft?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eigentümerin der Liegenschaft Schulstr. 14 (Fronhofschule) ist die Stadt Marburg.

Nach Aufgabe des Schulbetriebes in diesem Gebäude trägt sich die Stadt mit dem Gedanken, das Grundstück zu verkaufen. Eine Verkaufsanzeige wurde im Internet unter Immonet.de sowie auf der Internetseite der Stadt Marburg

aufgegeben.

Neben kaufinteressierten Personen und Institutionen hat sich inzwischen ein freier Jugendhilfeträger gemeldet, der das Gebäude für eine eventuelle Nutzung prüft und ggf. an einer langfristigen Anpachtung interessiert ist.

Wir gehen davon aus, dass bis Ende 2012 ein Vorschlag für die weitere Nutzung erarbeitet wird.

Zusatzfragen des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) werden durch den Oberbürgermeister und den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 8 08/2012) Vorlage: VO/1567/2012

Hat die Stadt Marburg im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidium in den vergangenen 24 Monaten Genehmigungen für private Hubschrauberlandungen im Stadtgebiet erteilt bzw. beantragt. Wenn ja, wann, wo und für wen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadt Marburg ist nicht die zuständige Behörde für die Erteilung von Hubschrauberstart- und Landeerlaubnissen und beantragt diese auch nicht.
Zuständige Luftfahrtverkehrsbehörde ist das Regierungspräsidium Kassel. Die Beantragung erfolgt von den Eigentümern der Hubschrauber.

Die Hubschrauberpiloten verfügen zum Teil über allgemeine Start- und Landeerlaubnisse, nach denen sie in eigenem Ermessen die Entscheidung treffen können, wo gestartet und gelandet werden kann.

Ohne eine solche allgemeine Start- und Landeerlaubnis erteilt das Regierungspräsidium Kassel für Einzelfälle die Erlaubnis. Die betroffene Kommune und die zuständige Polizeibehörde werden um Stellungnahme gebeten, ob aus gefahrenrechtlicher Sicht Bedenken bestehen.
In den letzten 24 Monaten ist dieser Fall einmal vorgekommen.
Die Firma Swiss Skyways Services AG mit Geschäftssitz in Zürich erhielt von dem Regierungspräsidium eine Start- und Landeerlaubnis für den 18. und 19.07.2012 auf den Afföllerwiesen. Die Namen der Passagiere sind den beteiligten Behörden nicht bekannt.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 9 08/2012) Vorlage: VO/1609/2012

In welchen Abständen werden die öffentlichen Behindertentoiletten gereinigt und auf Ihre Zugänglichkeit überprüft?
Wie viele Behindertentoiletten sind ausschließlich mit dem einheitlichen Euro-Schlüssel zugänglich?

Wie wird auf dieses Angebot hingewiesen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

1. In welchen Abständen werden die öffentlichen Behindertentoiletten gereinigt und auf ihre Zugänglichkeit überprüft?

Die Unterhaltsreinigung der öffentlichen Behindertentoiletten erfolgt in zwei verschiedenen Reinigungsintervallen.

Die öffentlichen Behindertentoiletten:

- Pilgrimstein (Oberstadtaufzug)
- Markt 8 (Rathausbereich)
- Gisonenweg 3 A (Freilichtbühne)
- Savignystraße 2 (Stadthalle)

werden 7 x wöchentlich gereinigt.

Die öffentlichen Behindertentoiletten in Gebäuden:

- Friedrichstraße 36 (Amt für Soziale Leistungen)
- Frauenbergstraße 35 (Stadtbüro)
- Georg-Gassmann-Stadion (Sportamt)

werden aufgrund der Situation, dass sie in Verwaltungsgebäuden liegen,
5 x wöchentlich gereinigt.

Die öffentliche Behindertentoilette an der Elisabethkirche wird durch die Evangelische Kirchengemeinde selbst gereinigt. Das Reinigungsintervall in diesem Bereich liegt bei 2-mal täglich.

Die öffentliche Behindertentoilette Auf dem Wehr (Bootsverleih) ist durch den Pächter des Kiosks zu reinigen. Laut Pachtvertrag, ist hier eine regelmäßige Reinigung durch den Pächter durchzuführen.

Die Zugänglichkeit zu den Behindertentoiletten wird sporadisch oder aufgrund von eingehenden Meldungen beim Ordnungsamt, durch den dort zuständigen Sachbearbeiter überprüft. Im Bereich des Oberstadtaufzuges befindet sich an der Tür ein Hinweisschild mit der Aufschrift:

Hier befindet sich eine Behindertentoilette, bitte nicht durch Fahrräder zustellen.

2. Wie viele Behindertentoiletten sind ausschließlich mit dem einheitlichen Euro-Schlüssel zugänglich?

Alle

3. Wie wird auf dieses Angebot hingewiesen?

Es erfolgt kein Hinweis von Seiten der Stadt auf dieses Angebot.

Da ca. 90 % aller Behinderten in Verbänden organisiert sind, z. B. in Blindenverbänden, wird diesen, durch die Verbände oder den Versorgungsämtern mitgeteilt, dass der Euro-Schlüssel beim CBF Darmstadt e.V.(Club Behinderter und ihrer Freunde) angefordert werden kann.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) und Büchner (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 10 08/2012) Vorlage: VO/1570/2012

Wie viele der von der GeWoBau vermieteten Wohnungen sind barrierefrei und wie verteilen sich diese Wohnungen über das Stadtgebiet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Zahl der barrierefreien Wohnungen ist der tabellarischen Aufstellung zu entnehmen.

Dabei handelt es sich um die 18 Service-Wohnungen für Senioren/-innen Auf der Weide 5 und um die 4 rollstuhlgerechten Wohnungen in der Uferstraße (Erstbezug 2009) sowie um 15 Behindertenwohnungen am Friedensplatz und um 11 Wohnungen in der Friedrich-Ebert-Straße.

Weiterhin haben wir 40 Wohnungen mit Lage im Erdgeschoss nachträglich mit Duschen oder Duschbadewannen nachgerüstet, so dass sie als barrierearm zu bezeichnen sind. Davon sind übrigens 19 angemessen im Sinne der örtlichen Richtwerte für die Kosten der Unterkunft nach SGB II und XII.

Darüber hinaus stehen barrierearm zugängliche Wohnungen in Häusern mit Aufzügen zur Verfügung (Sudetenstraße 14, 16, 18, 20, 26, 26a - Am Richtsberg 78 - Potsdamer Straße 2, 10, 12, 14 - In der Badestube 1, 3, 5).

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister sagt zu, die der Beantwortung beigefügte Tabelle an die Beantwortung der großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Wohnraum für sozial Benachteiligte, die sich zurzeit in Bearbeitung befindet, anzuhängen.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 11 08/2012) Vorlage: VO/1571/2012

Wie beurteilt der Magistrat die Behauptungen, die in einer Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens am 18. Juli 2012, 23:15 ("Verraten und verkauft? Milliardengeschäft Vermögensberatung"), über den Ehrenbürger der Universitätsstadt Marburg, Herrn Professor Doktor Reinfried Pohl, getroffen wurden, und unter welchen Voraussetzungen wäre der Magistrat

bereit, Herrn Professor Doktor Pohl durch eine Ehrenerklärung dagegen in Schutz zu nehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Pressefreiheit ist ein hohes Gut unserer Demokratie. Eine demokratische Gesellschaft lebt von der freien Meinungsäußerung. Dazu gehört der in der Frage angesprochene Beitrag im ZDF.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 12 08/2012) Vorlage: VO/1572/2012

Kann der Magistrat künftig bei der Anschaffung von Werbemitteln wie z. B. Kugelschreibern darauf achten, dass diese umweltfreundlich hergestellt und entsorgt werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Werbemittel werden in den unterschiedlichsten Bereichen der Verwaltung angeschafft. Bereits jetzt wird bei der Anschaffung schon auf umweltfreundliche Produkte geachtet. So gibt es z. B. offizielle Marburg-Blöcke als Werbematerial, die aus FSC-zertifiziertem Papier hergestellt sind. Bei der Herstellung von Werbe-Flyern wird ebenfalls darauf geachtet, dass sie auf Recyclingpapier oder auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt werden (erkennbar an dem FSC-Logo).

Ebenfalls gibt es bei der Stadt Marburg bereits Werbe-Kugelschreiber die umweltfreundlich hergestellt sind und entsorgt werden können. Der Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur verteilt diese z. B. als Werbegeschenk bei Veranstaltungen wie der Oberhessenschau.

Wir werden die Verwaltung regelmäßig über die Verwendung und Anschaffung solcher Produkte informieren.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 13 08/2012) Vorlage: VO/1573/2012

Beabsichtigt der Magistrat zeitnah die Errichtung einer kostenlosen öffentlich Toilette zwischen Bahnhof und Parkdeck, da in diesem Bereich häufig Verschmutzungen mit Fäkalien, etwa Urin und Kot, auftreten und das Areal im und um das Parkdeck häufig stark verschmutzt ist? Wer kommt gegenwärtig für die Kosten der Reinigung auf?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Zuge der Umgestaltung des Bahnhofsgebäudes ist vor Kurzem eine nagelneue Toilettenanlage in Betrieb genommen worden, die der Öffentlichkeit

zur Benutzung zur Verfügung steht. Die Benutzung ist gebührenpflichtig, die Zugänge mit einem Drehkreuz versehen.

Die zeitnahe Errichtung einer kostenlos nutzbaren öffentlichen Toilettenanlage ist städtischerseits nicht beabsichtigt. Das Areal zwischen Bahnhof und Parkdeck sowie im Umfeld des Bahnhofes wird täglich durch 2 eigens abgestellte Mitarbeiter des städtischen Dienstleistungsbetriebes gereinigt. Kostenträger ist die Stadt auf Grundlage eines mit der Bahn geschlossenen Gestattungsvertrages.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wieland Stötzel (Nr. 14 08/2012) Vorlage: VO/1574/2012

Wie ist der Stand zur künftigen Nutzung des Lokschuppens, insbesondere hinsichtlich eines Bed&Bike-Hotels der JuKo?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die stadteigene GeWoBau ist seit 1. Januar 2012 im Besitz des ehemaligen Lokschuppens. Bereits im Vorfeld hat es verschiedene Anfragen hinsichtlich einer Nutzung gegeben:

- von der Jugendkonflikthilfe, die dort ein Bed&Bike-Hotel als Ausbildungsprojekt einrichten,
- Arbeit und Bildung, das dort berufliche Bildung betreiben,
- Christus-Treff, der einen größeren Versammlungsraum unterbringen will
- sowie verschiedene kleinere kulturelle und kulturgewerbliche Einrichtungen.

Voraussetzung jeglicher Nutzung des denkmalgeschützten Lokschuppens ist eine grundhafte Sanierung, die ohne finanzielle Förderung von außen - Land, Bund oder EU - wirtschaftlich schwer darstellbar ist.

Die Jugendkonflikthilfe hat bereits eine erste bauliche Konzeption erarbeiten lassen und befindet sich hinsichtlich ihres Bed&Bike-Hotels in Abstimmung mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium bzgl. Fördermodalitäten.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Stephan Muth (Nr. 15 08/2012) Vorlage: VO/1607/2012

Wie hoch ist der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung der Universitätsstadt Marburg und ihren Beteiligungen gemessen an dem Anteil in der Bevölkerung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach einer Definition des Statistischen Bundesamtes besitzen diejenigen Menschen einen Migrationshintergrund,

- die ab 1950 in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind,
- die Nachkommen dieser Zuwanderer sind, aber bereits in Deutschland geboren wurden und
- die Nachkommen in der dritten Generation, deren Großeltern zuwanderten.

Der Magistrat erhebt bei den Beschäftigten der Universitätsstadt Marburg nicht das Merkmal eines Migrationshintergrundes, so dass es keine exakten Zahlen dazu gibt, wie viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die genannten Voraussetzungen für das Merkmal „Migrationshintergrund" erfüllen.

Eine damalige Inspektoranwärterin hat jedoch in 2011 im Rahmen ihrer Ausbildung an der Hochschule für Polizei und Verwaltung eine Diplomarbeit mit dem Titel „Interkulturelle Personalbeschaffung der Stadtverwaltung Marburg. Chancen und Probleme" geschrieben.
Darin hat sie auch den Versuch unternommen, die Anzahl städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund mit der entsprechenden Bevölkerungsstruktur der Universitätsstadt Marburg ins Verhältnis zu setzen. Aufgrund verschiedener statistischer Daten ist sie dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass knapp 20 % der Marburger Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben dürfte, wobei hier als Besonderheit ein hoher Anteil ausländischer Studierender diese Zahl maßgeblich mit beeinflusst.
Im Gegensatz dazu hat sie anhand verschiedener Parameter einen Anteil von rd. 8 % der städtischen Beschäftigten ermittelt, die über einen Migrationshintergrund verfügen. Dies ist nach den im Rahmen der Diplomarbeit vorgenommenen Recherchen übrigens in den meisten öffentlichen Verwaltungen eine festzustellende Diskrepanz zwischen der Bevölkerungsstruktur einerseits und der Beschäftigtenstruktur andererseits.

Vor diesem Hintergrund habe ich als Personaldezernent als Konsequenz aus diesen Feststellungen entschieden, dass bei öffentlichen Ausschreibungen ein ausdrücklicher Hinweis aufgenommen wird, wonach wir uns über Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund besonders freuen.

Für den für die Personalentwicklung besonders wichtigen Bereich der Gewinnung von Auszubildenden verwenden wir nunmehr folgende Formulierung:

> In der Stadtverwaltung Marburg gehört der Umgang mit kultureller Vielfalt, die Kommunikation und Interaktion zwischen Menschen verschiedener Herkunft und Lebensweisen zum Alltag. Deshalb freuen wir uns sehr, wenn sich Ausbildungssuchende **aller Nationalitäten** von unserem Angebot angesprochen fühlen und sich bei uns bewerben.

Für die städtischen Beteiligungen liegen keine vergleichbaren Daten vor. Sie wurden jedoch aufgrund der Erkenntnisse aus der Diplomarbeit aufgefordert, entsprechend zu verfahren und der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer jeweiligen Belegschaft besonderes Augenmerk zu schenken.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 16 bis 29 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 5 Wahl von Mitgliedern der Betriebskommission des Eigenbetriebes "Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg" Vorlage: VO/1447/2012

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten. Von der Personalvertretung des Dienstleistungsbetriebes sind folgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder für die Betriebskommission vorgeschlagen worden:

Mitglieder:
Günter Pfeiffer
Winfried Viertelhausen

Stellvertreter:
Martin Hedderich
Helmut Hebert-Henkel

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die vorgeschlagenen Bewerber in offener Abstimmung zu entsenden. Das Eigenbetriebsgesetz bestimmt, dass die Personalratsmitglieder nach den Grundsätzen des Mehrheitswahlrechts gewählt werden.

Gegen dieses Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Folgende Mitglieder der Personalvertretung des Dienstleistungsbetriebes (DBM) werden in die Betriebskommission gewählt:

Mitglieder:
Günter Pfeiffer
Winfried Viertelhausen

Stellvertreter:
Martin Hedderich
Helmut Hebert-Henkel

---

zu 6 Besetzung des Schiedsamtes Marburg I (Kernstadt und Wehrda) - Wahl einer Schiedsperson sowie einer stellv. Schiedsperson Vorlage: VO/1458/2012

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Auch diese Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Zu wählen ist für den Schiedsamtsbezirk Marburg I eine Schiedsperson und zugleich eine stellvertretende Schiedsperson.

Wie in der Vorlage bereits ausgeführt, haben die Fraktionen von CDU und SPD für die zu wählende Schiedsperson

Herrn Stephan Heckmann, Schlossteig 5, 35037 Marburg,

vorgeschlagen.

Für die Wahl der stellvertretenden Schiedspersonen wurde seitens der SPD-Fraktion

Frau Hildegard Mende, Magdeburger Straße 11, 35041 Marburg,

vorgeschlagen und seitens der Fraktion „Bürger für Marburg“

Herr Oliver Hahn, Weidenhäuser Straße 56, 35037 Marburg.

Weitere Vorschläge werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt offen abzustimmen. Gegen das Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über die Schiedsperson abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig, und damit mit der geforderten Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten, folgenden Beschluss:

Herrn Stephan Heckmann, Schlossteig 5, 35037 Marburg, wird zur Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg I gewählt.

Über die stellvertretende Schiedsperson lässt der Stadtverordnetenvorsteher alternativ abstimmen.

Der Wahlvorschlag Hildegard Mende wird unterstützt von den Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken.

Der Wahlvorschlag Oliver Hahn wird unterstützt durch die Stadtverordneten der CDU, BfM und das Votum des Stadtverordneten Klee.

Enthalten haben sich FDP und MBL.

Damit ist Frau Hildegard Mende, Magdeburger Straße 11, 35041 Marburg, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg I gewählt.

zu 13 Wasserkraftanlage am Afföller Wehr
Vorlage: VO/1457/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss wurde die Vorlage ausführlich beraten. Der Beschlusstenor wurde um folgenden Satz ergänzt:

„Der Magistrat wird die Stadtverordnetenversammlung über die weiteren Schritte umfassend unterrichten."

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzenden Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den ergänzten Beschlusstext zu beschließen.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Für die Fraktion Marburger Linke spricht die Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Während des Wortbeitrages ruft der Stadtverordnetenvorsteher die Stadtverordnete Bauder-Wöhr auf, zur Sache zu sprechen. Die Stadtverordnete setzt ihre Ausführungen fort, jedoch wird ihr durch den Stadtverordnetenvorsteher das Wort entzogen. Die Stadtverordnete spricht dennoch weiter. Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht kurz die Sitzung um 17:42 Uhr. Unmittelbar danach wird die Sitzung fortgesetzt. Es sprechen die Stadtverordneten Stompfe (CDU), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen) und Köster (Marburger Linke).

Der Stadtverordnete Sawalies (FDP) erkundigt sich beim Stadtverordnetenvorsteher, auf Grund welcher Grundlage er der Stadtverordneten Bauder-Wöhr das Wort entzogen hat. Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt, kann dies in der nächsten Sitzung des Ältestenrats erörtert werden und lädt den Stadtverordneten Sawalies dazu ein.

Weiter sprechen die Stadtverordneten Jannasch (CDU), Dr. Musket (SPD), Bürgermeister Dr. Kahle und erneut Jannasch (CDU).

Es folgt die Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Ja-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Planungsstand der Einrichtung einer Wasserkraftanlage am Afföller Wehr auf Grundlage des Vorentwurfes des Büros Floecksmühle zur Kenntnis und beauftragt den Magistrat die weitere Planung zu fördern und zu begleiten. Der Magistrat wird die Stadtverordnetenversammlung über die weiteren Schritte umfassend unterrichten.

zu 15 Anträge der Fraktionen

zu 15.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Elektronischer Sitzungsdienst Vorlage: VO/1178/2012

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus dem Ältestenrat. Der Antrag der CDU-Fraktion ist vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur Beratung überwiesen worden.

Im Ältestenrat hat die CDU-Fraktion gewünscht, dass der Antrag in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung gestellt wird.

Aussprache wurde gewünscht.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Range (CDU), Florschütz (Bündnis 90/Die Grünen), Rink (SPD) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Nach der Debatte schlägt der Stadtverordnete Stompfe für die antragstellende CDU-Fraktion vor, der Stadtverordnetenvorsteher möge zur Beratung dieses komplexen Themas eine Arbeitsgruppe gründen.

Der Antrag selbst wird an den Ältestenrat zur weiteren Beratung zurück überwiesen.

zu 15.2 Antrag CDU-Fraktion betr. Parken altes Brauereigelände Vorlage: VO/1229/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Auch hier wurde Aussprache angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Jannasch (CDU), Köster (Marburger Linke), Nezi (Bündnis 90/Die Grünen), Sell (SPD), Oberbürgermeister Vaupel, Stötzel (CDU), Bürgermeister Dr. Kahle, Köster (Marburger Linke) und erneut Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL, BfM, und des Stadtverordneten Sascha Klee bei Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 15.3 Antrag CDU Fraktion betr. Lärmkontrollen in der Oberstadt Vorlage: VO/1230/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Röhrkohl (CDU), Volz (Bündnis 90/Die Grünen) und Jannasch (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Während der Aussprache hat von 19:52 Uhr bis 20:11 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BfM und des Stadtverordneten Klee sowie bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke, FDP und der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 15.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Marktfrühschoppen Vorlage: VO/1286/2012

Der Antrag wurde bereits am 26. Juni im Haupt- und Finanzausschuss beraten.
Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es einen neuen Antrag, der als Tischvorlage ausgelegt wurde. Er wurde im Ausschuss ausführlich diskutiert.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Grünen und Marburger Linke gegen die Stimmen der CDU, den Antrag abzulehnen.

Der Stadtverordnete Stötzel meldet die **Aussprache** an.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Debatte zu diesem TOP.

Es sprechen der Stadtverordnete Stötzel (CDU), Oberbürgermeister Vaupel und der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke).

Um 20.53 Uhr gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Rednerliste. Es sind noch die Stadtverordneten Wölk, Stompfe und Sawalies sowie der Oberbürgermeister verzeichnet. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt anschließend die Rednerliste.

Weiter im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Wölk (SPD) und Stompfe (CDU).

Der Stadtverordnete Becker (MBL) gibt zu Protokoll, dass nach 21 Uhr nach unserer Geschäftsordnung das Wort nicht mehr erteilt werden darf und verweist auf einen vergleichbaren Fall hinsichtlich seiner Person in der Spendendebatte. Nur wer vor 21 Uhr angefangen hat zu reden, darf noch seine Ausführungen nach 21 Uhr beenden. Dann wird die Rednerliste geschlossen. Dies gelte auch für den Magistrat.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, noch dem Stadtverordneten Sawalies das Wort erteilen zu wollen. Außerdem könne der Magistrat jederzeit sprechen.

Der Stadtverordnete Becker beantragt eine Sitzung des Ältestenrates. Dies findet die erforderliche Unterstützung von mindestens 3 Mitgliedern des Ältestenrates.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung um 21.12 Uhr. Es tagt in der Pause der Ältestenrat.

Die Sitzung wird fortgesetzt um 21.42 Uhr.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet von den Beratungen des Ältestenrates.

Das vom Stadtverordnetenvorsteher beabsichtigte Verfahren, auch nach 21 Uhr die auf der Rednerliste verzeichneten Stadtverordneten noch sprechen zu lassen, wurde als nicht mit der Geschäftsordnung vereinbar interpretiert. Somit wird die Debatte nunmehr beendet und das Wort wird nicht mehr erteilt.

Der Oberbürgermeister erkundigt sich beim Stadtverordnetenvorsteher, ob es richtig sei, dass er noch auf der Rednerliste stünde und er sich zu Wort gemeldet habe. Dies bestätigt der Stadtverordnetenvorsteher und führt gleichzeitig aus, dass er dennoch zu dem TOP nicht mehr das Wort erhalte.

Der Oberbürgermeister spricht zum Verfahren und weist darauf hin, dass der Magistrat nach **§ 59 Satz. 2 HGO** jederzeit sprechen darf. Der Oberbürgermeister kündigt seinen Widerspruch zu diesem Verfahren an.

Der Stadtverordnetenvorsteher nimmt dies zur Kenntnis.

Der Stadtverordnete Becker trägt ergänzend seine Rechtsauffassung vor:

Nach der Geschäftsordnung hätte der Oberbürgermeister um 21.12 Uhr nicht mehr sprechen dürfen.

Wie der Oberbürgermeister erklärt, teilt er diese Rechtsauffassung nicht.

Es folgt die Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL, BfM und des Stadtverordneten Klee sowie Nein-Stimmen von SPD/B90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 7 Marburger Ortsrecht
Änderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1418/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der beigefügte IV. Nachtrag zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 8 Marburger Ortsrecht
Neufassung des Gebührenverzeichnisses zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1419/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzenden Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Dem Haupt- und Finanzausschuss wurde zu diesem Tagesordnungspunkt eine geänderte Fassung der Vorlage als Tischvorlage ausgelegt. Der Oberbürgermeister erläuterte die Vorlage. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das beigefügte Gebührenverzeichnis zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 9 Änderung der Verfassung der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/1513/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte II. Nachtrag zur Verfassung der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.

---

zu 10 Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Stiftung St. Jakob Vorlage: VO/1528/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke und der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2011 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 8.817.524,97 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss i.H.v. 551.798,32 EUR wird in die Ergebnisrücklage eingestellt.**
2. **Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

---

zu 11 Übertragung des Grundstückes Kilian an die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH im Wege eines Erbbaurechtes Vorlage: VO/1398/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg überträgt der GeWoBau im Wege eines Erbbaurechtsvertrages das Grundstück „Kilian“, Schuhmarkt 4, 35037 Marburg, mit der Katasterbezeichnung

Gemarkung Marburg, Flur 28, Flurstück 32 = 227 qm.

Das Erbbaurecht hat eine Laufzeit von 50 Jahren, ausgehend von der Eintragung im Grundbuch.

Der Erbbauzins wird auf einen symbolischen Betrag von 1,-- €/Jahr festgesetzt.

Die Kosten des Erbbaurechtsvertrages und seiner Durchführung trägt die GeWoBau.

---

zu 12 Anpassung der Ausstattung des Betreuungsverbundes Richtsberg Vorlage: VO/1446/2012

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Haupt – und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei zwei Enthaltungen aus der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Dem vorgelegten Organisationskonzept „Betreuungsverbund Richtsberg“ wird zugestimmt. Das Jugendamt wird mit der Umsetzung beauftragt.

Die vorgeschlagenen personellen Umstrukturierungen: Koordinierungs- und Leitungsstelle des Betreuungsverbundes und Leitungsstellen in den Tageseinrichtungen Erfurter Straße, Eisenacher Weg und Kinder(h)ort Richtsberg sollen umgehend umgesetzt werden.
Die Veränderungen sind zum Stellenplan 2013 anzumelden. Der Haupt- und Finanzausschuss wird gebeten, die Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2013 freizugeben.

Das Jugendamt wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und weitere Entscheidungen vorzubereiten, um Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern gemäß der gesetzlichen Vorgaben bedarfsgerecht quantitativ und qualitativ zu gewährleisten. Die Leistungen für Kinder im Grundschulalter sind so weiter zu entwickeln, dass diese perspektivisch gemeinsam mit der Astrid-Lindgren-Schule in einem integrierten Konzept im Rahmen der Ganztagsschulentwicklung gebildet, erzogen und betreut werden. Gemeinsam mit der BSF e.V. und weiteren Trägern soll zudem innerhalb eines Jahres eine Konzeption für ein Familienzentrum Richtsberg erarbeitet und dem JHA vorgelegt werden. Die Eltern sind angemessen zu

beteiligen.

---

zu 14 Dringlichkeitsanträge

Es wurden keine dringlichen Anträge in die Tagesordnung aufgenommen.

---

zu 15.5 Antrag der Fraktionen MBL, CDU, FDP, Marburger Linke, Piraten und BFM betr. Rüge und Abberufung des Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses
Vorlage: VO/1288/2012

Der Antrag wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen vertagt bis zur Septembersitzung.

---

zu 15.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kostenloses WLAN (‚Marburg-Lan') für Marburg
Vorlage: VO/1360/2012

Die antragstellende Fraktion wünscht die Vertragung des Antrages, da im Haupt- und Finanzausschuss Aussprache angemeldet wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Septembersitzung.

---

zu 15.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kauf der Flächen an der Cappeler Straße für Wohnungsbau
Vorlage: VO/1361/2012

Der Antrag wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion vertragt bis zur Septembersitzung.

---

zu 15.8 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Kürzungen bei den Personalzuweisungen für die Schulen für Kranke in Marburg und darüber hinaus
Vorlage: VO/1406/2012

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde dort zurückgestellt um die Entwicklung abzuwarten und ihn dann ggf. erneut aufzurufen.

Die Vorlage wird bis auf weiteres zurückgestellt.

---

zu 15.9 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Verbesserung der Eingangs- und Wartesituation vor der Ausländerbehörde. Vorlage: VO/1441/2012

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, die beengte Warte- und Eingangssituation im Stadtbüro vor den Bereichen Ausländerbehörde im 1. OG zu beheben und einen angemessenen Rahmen zu schaffen. Darüber hinaus könnte auch ein Aufrufsystem im unteren Bereich des Foyers, dass mit in die Konzeption einbezogen werden sollte, für eine Entspannung sorgen.

zu 15.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Bericht des Antikorruptionsbeauftragten Vorlage: VO/1462/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert jährlich einen Bericht des Antikorruptionsbeauftragten vorzulegen.

---

zu 15.11 Antrag der MBL-Fraktion betr. Fahrradbeförderung mit Bussen Vorlage: VO/1476/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Er wurde dort um einen Absatz ergänzt, der wie folgt lautet:

„Hierbei sollen die Mitnahmepunkte für die Linie 9 ab „Universitäts-Bibliothek“ sowie für die Linie 7 ab „Nödelweg“ mit eingebunden werden.“

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die ergänzte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Fahrradmitnahmesystem, wie es z.B. die Verkehrsgemeinschaft Landkreis Passau (VLP) anbietet, in Marburg für die Stadtbusse, insbesondere die Lahnbergebusse, eingeführt werden kann.

Hierbei sollen die Mitnahmepunkte für die Linie 9 ab „Universitäts-Bibliothek“ sowie für die Linie 7 ab „Nödelweg“ mit eingebunden werden.

---

zu 15.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Würdigung der demokratisch-sozialen 1848er-Tradition Vorlage: VO/1510/2012

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss hat den Antrag ausführlich beraten. In der Sitzung wurde der letzte Siegelstrich des Antragtextes gestrichen. In dieser veränderten Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Schul- und Kulturausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung ohne den letzten Absatz.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert:

- **das Wirken des Marburger Wissenschaftlers und Revolutionärs Karl Theodor Bayrhoffer in angemessener Form im Stadtbild zu würdigen. Es soll geprüft werden, ob eine geeignete Straßenbenennung nach Bayrhoffer möglich ist oder mindestens eine Gedenktafel an seinem Wohnhaus in der Hofstatt 1 bzw. eine Skulptur/Relief realisiert werden kann.**

- **das Wirken des Marburger Wissenschaftlers und Revolutionärs Bruno Hildebrand in angemessener Form im Stadtbild zu würdigen. Es soll geprüft werden ob eine geeignete Straßenbenennung oder eine Gedenktafel bzw. eine Skulptur/Relief an seinem Wohnhaus (ehemaliges Kugelhaus) realisiert werden kann.**

---

zu 15.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mahnwache für Besteuerung der großen Vermögen Vorlage: VO/1511/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Antrag wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verändert. Der Stadtverordnete Rink hat vorgeschlagen, im Antragstext das Wort „organisieren“ durch „unterstützen“ zu ersetzen und den letzten Satz zu streichen.

Diese Änderung hat die antragstellende Fraktion Marburger Linke akzeptiert.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt somit der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum veränderten Antragstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken gegen die übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

In Erwägung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg vom 25. Mai 2012, dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“ beizutreten, wird der Magistrat gebeten, im Vorfeld des bundesweiten Aktionstags am 29. September 2012, veranstaltet von der Kampagne „Umfairteilen“, die sich ebenso wie die Stadt Marburg für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer einsetzt, eine Mahnwache für eine gerechtere Besteuerung der großen Vermögen auf dem Marktplatz zu unterstützen.

---

zu 15.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. keine Neuverschuldung Vorlage: VO/1514/2012

Die Vorlage soll auf Wunsch der antragstellenden CDU-Fraktion vertagt werden bis zum September, um die Aussprache durchzuführen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Septembersitzung.

---

zu 15.15 Antrag der CDU-Fraktion betr. Würdigung von Erwin Piscator Vorlage: VO/1515/2012

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss hat die Vorlage beraten und wie folgt abgeändert:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird geben, im Zuge der Neugestaltung der Stadthalle dafür Sorge zu tragen, das Leben und Wirken Erwin Piscators durch eine dauerhafte Präsentation angemessen zu berücksichtigen.“

Dem so geänderten Antrag ist die Fraktion Marburger Linke beigetreten.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt insofern die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den veränderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird geben, im Zuge der Neugestaltung der Stadthalle dafür Sorge zu tragen, das Leben und Wirken Erwin Piscators durch eine dauerhafte Präsentation angemessen zu berücksichtigen.

---

zu 15.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neubau Stadthalle Vorlage: VO/1516/2012

Die Vorlage soll auf Wunsch der antragstellenden CDU-Fraktion vertagt werden bis zur Septembersitzung, um die Aussprache durchführen zu können.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zum September.

---

zu 15.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. betr. Parkplatz App Vorlage: VO/1517/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Annahme der Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat soll überprüfen, welche Möglichkeiten bestehen, den aktuell ruhenden Verkehr in der Innenstadt (Belegungsübersicht Parkhäuser) über Anwendungsprogramme für die mobile Internetnutzung (Applikationen) veröffentlichen zu können.

---

zu 15.18 Antrag der CDU-Fraktion betr. hauptamtliche Magistratsstellen Vorlage: VO/1518/2012

Die Vorlage wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion vertagt bis zum September.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Septembersitzung.

---

zu 15.19 Antrag des Stadtverordneten Sascha Klee betr. Streulicht Parkhaus Pilgrimstein
Vorlage: VO/1524/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss wurde der Antrag auf folgende Fassung abgeändert:

„Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, wie das vom Parkhaus Pilgrimstein ausgehende Streulicht einzudämmen ist und ob der Austausch der zur Straße Pilgrimstein hingewandten Leuchtstoffröhren gegen LED Leuchtstoffröhreneinsätze eine kostengünstigere Alternative zu einer baulichen Abdeckung der äußeren Reihen darstellen könnte.“

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz. Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Bau- und Planungsausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu der geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, wie das vom Parkhaus Pilgrimstein ausgehende Streulicht einzudämmen ist und ob der Austausch der zur Straße Pilgrimstein hingewandten Leuchtstoffröhren gegen LED Leuchtstoffröhreneinsätze eine kostengünstigere Alternative zu einer baulichen Abdeckung der äußeren Reihen darstellen könnte.

---

zu 15.20 Antrag der CDU- Fraktion betrifft: Quartiersbezogenes Wohnen für ältere Menschen
Vorlage: VO/1529/2012

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung erklärt zu ihrem ausdrücklichen Ziel der Seniorenpolitik, dass die Betreuung älterer Menschen unter Wahrung einer größtmöglichen Selbständigkeit gewährleistet wird.**

2. **Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit ein tatsächlicher Bedarf für die Errichtung von kleinen Pflegewohngruppen (Quartiersbezogenes Wohnen), insbesondere in den Marburger Stadtteilen besteht.**

3. **Der Magistrat wird diesbezüglich aufgefordert, öffentliche Veranstaltungen zur Vorstellung von Konzepten für ein quartierbezogenes Wohnen älterer und behinderter Menschen im jeweiligen Stadtteil durchzuführen.**

4. **Sofern ein ausreichender Bedarf besteht und die Finanzierung gewährleistet werden kann, ist die Errichtung quartiersbezogener Pflegewohngruppen umgehend umzusetzen.**

---

zu 15.21 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch bei Wahlbeamt/-innen ermöglichen
Vorlage: VO/1546/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Nein-Stimmen von CDU, FDP, BfM, MBL und des Stadtverordneten Klee sowie bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die hauptamtliche Dezernentin, Dr. Kerstin Weinbach, nach dem Ende ihrer Elternzeit zum 1. November 2012 ihre Arbeitszeit dauerhaft um 50 Prozent reduzieren wird. Damit verbunden ist eine entsprechende Reduktion ihrer Verantwortlichkeiten.**

2. **Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die dadurch frei werdende halbe Stelle einer hauptamtlichen Stadträtin / eines hauptamtlichen Stadtrates zum nächstmöglichen Zeitpunkt auszuschreiben.**

3. **Wenn diese Ausschreibung nicht möglich sein sollte, wird die Stadtverordnetenversammlung die Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg um eine halbe hauptamtliche Stelle eines Stadtrates / einer Stadträtin ergänzen.**

---

zu 15.22 Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und SPD betr. Teilbarkeit von Stellen von Wahlbeamt/-innen nachhaltig absichern Vorlage: VO/1547/2012

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) wünscht für die Koalitionsfraktionen die Vertagung des Antrages bis zur Septembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zum September.

---

zu 15.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Fahrradwegumleitung Trojedamm/Northamptonpark Vorlage: VO/1530/2012

Dieser Antrag wurde nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen, da er bereits im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr beraten werden konnte. Der Ausschussbericht liegt allen Mitgliedern des Hauses schriftlich vor. Bürgermeister Dr. Kahle erklärt für den Magistrat, dass die im Antragstext gewünschte Umleitung bereits eingerichtet ist. Insofern ist der Antrag bereits erledigt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst dennoch einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert die durch die Bauarbeiten auf dem Trojedamm verursachte Fahrradwegumleitung durch den Northamptonpark umgehend aufzuheben und sie stattdessen über die Straßen Auf dem Wehr-Sfaxstraße-Sommerbadstraße auszuweisen.

---

zu 16 Kenntnisnahmen

---

zu 16.1 Bericht über die Aktivitäten der Stadt angesichts steigender Studierendenzahlen Vorlage: VO/1117/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht für die Aktivitäten der Stadt angesichts der steigenden Studierendenzahlen zur Kenntnis.

---

zu 16.2 Konzept zur Aufstockung des bestehenden Parkdecks am Hauptbahnhof
Vorlage: VO/1281/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorliegenden Planungs- und Sachstand zur Kenntnis.

---

zu 16.3 Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes
Vorlage: VO/1352/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Stand des Projektes Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes zur Kenntnis.

---

zu 16.4 Toilettennutzung im Marburger Hauptbahnhof
Vorlage: VO/1390/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Prüfergebnis zur Toilettennutzung im Marburger Hauptbahnhof zur Kenntnis.

---

zu 16.5 Solarbäume am Messegelände
Vorlage: VO/1431/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Stellungnahme der GeWoBau Marburg zu den Solarbäumen am Messegelände zur Kenntnis.

zu 16.6 Bahnhofsentwicklung in Marburg
Vorlage: VO/1454/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Schreiben der Deutschen Bahn AG vom 29.06.2012 zur Kenntnis.

---

zu 16.7 Umwandlung von Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen in der Innenstadt
hier: Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

(VO/410/2004)
Vorlage: VO/1475/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Fehlanzeige für das Jahr 2011 zur Kenntnis.

---

zu 16.8 Verkehrsentwicklung Nordstadt
Vorlage: VO/1485/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die in der Begründung dargelegte Vorgehensweise zum Verkehrsplanungsprozess für die straßenräumliche Aufwertung der Nordstadt zur Kenntnis.

---

zu 16.9 151. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2011: Sonderstatusstädte"
Vorlage: VO/1496/2012

Die Vorlage wird zurückgestellt bis zur Septembersitzung.

---

zu 16.10 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.06.2012
Vorlage: VO/1503/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die beiliegende Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22:05 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringliche Anträge
Schriftliche Beantwortungen der kleinen Anfragen Nr. 16 bis Nr. 29

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste	Vorlagen - Nr.: VO/1584/2012 Status: öffentlich Datum: 29.08.2012 Eingang: 29.08.2012	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der MBL-Fraktion betr. Versicherungen der Stadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich der Problematik der Versicherungen der Stadt unverzüglich anzunehmen und sofort mit der Überprüfung der bestehenden Verträge zu beginnen.

Begründung

Im Januar dieses Jahres hatte die MBL im Zusammenhang mit dem Veruntreuungsfall erstmals mit einem Antrag auf die Frage der städtischen Versicherungen hingewiesen. Jetzt erst ist der Presse (OP vom 28.8.) zu entnehmen, dass der Oberbürgermeister ein Anwaltsbüro mit einem Gutachten beauftragt hat und Anfang 2013 erste Schritte unternehmen will, die Versicherungen der Stadt zu überarbeiten. Damit geht er fahrlässig ein Risiko ein und schiebt Entscheidungen, deren Notwendigkeit er selbst erkannt hat, auf die lange Bank. Insgesamt übersteigen die Versicherungsbeiträge der Stadt deutlich die 1 Mio. € Grenze. Es geht nicht nur darum, sich effektiver und wirtschaftlicher zu versichern und damit Geld zu sparen, sondern es geht in erster Linie darum, eventuell bestehende Risiken auf Grund falsch abgeschlossener Versicherungsverträge unverzüglich abzudecken.
Es steht ein Angebot eines unabhängigen Unternehmens mit ausgezeichneten Referenzen zur Verfügung, das eine erste kostenlose Grobanalyse der bestehenden Versicherungssituation durchführen würde.
Dieser Berater ist spezialisiert auf kommunale Versicherungen und nicht an bestimmte Versicherungsgesellschaften gebunden. Sein Angebot abzulehnen wäre fahrlässig.
Die Stadtverordnetenversammlung sieht es als ihre Pflicht an, den Magistrat auf das bestehende Risiko hinzuweisen und zum Handeln aufzufordern.
Der Antrag ist dringlich, da jederzeit ein Schadensfall eintreten kann. Je früher eine Absicherung erfolgt, desto geringer ist der Schaden für die Stadt.

Dr. Hermann Uchtmann **Reinhold Becker**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: VO/1585/2012 Status: öffentlich Datum: 30.08.2012 Eingang: 30.08.2012	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der CDU-Fraktion betr. Keine Erhöhung der Gewerbesteuer

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,
im Haushaltssatzungsentwurf 2013 keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes vorzusehen.

Begründung:

Die heimischen Gewerbetreibenden brauchen Planungssicherheit. Dazu gehört, dass die vom Oberbürgermeister angestoßene Diskussion über eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer für 2013 beendet wird. Deshalb ist der entsprechende Antrag dringlich zu beschließen.

Wieland Stötzel **Philipp Stompfe**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: VO/1586/2012 Status: öffentlich Datum: 30.08.2012 Eingang: 30.08.2012	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der CDU-Fraktion betr. Keine Erhöhung der Grundsteuer

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,
im Haushaltssatzungsentwurf 2013 keine Erhöhung des Steuersatzes für die Grundsteuer B vorzusehen.

Begründung:

Es soll Klarheit geschaffen werden, dass der Kämmerer den Haushaltsentwurf 2013 nicht durch eine Erhöhung der Grundsteuer finanzieren wird.
Deshalb ist der entsprechende Antrag dringlich zu beschließen.

Wieland Stötzel **Philipp Stompfe**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: VO/1587/2012 Status: öffentlich Datum: 30.08.2012 Eingang: 30.08.2012	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 430 Punkte

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, im Haushaltssatzungsentwurf 2013 eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 430 Punkte vorzusehen.

Begründung:

Die Stadt Marburg braucht, ebenso wie die ansässigen Aktiengesellschaften und Vermögensmilliardäre Planungssicherheit. Dazu gehört, dass die vom Oberbürgermeister angestoßene Diskussion über eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer für 2013 von der Stadtverordnetenversammlung zeitnah positiv befasst wird. Deshalb ist der entsprechende Antrag dringlich zu beschließen.
Die Stadt Marburg sollte in diesem Fall dringend den Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofs folgen, der zur Ausweitung der Einnahmeseite wie schon 2006 eine Erhöhung des Hebesatzes empfiehlt.
In diesen Tagen wird in Stadt und Land viel über das Thema „Verteilungsgerechtigkeit" gesprochen. Eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer wäre ein konkret-praktischer Beitrag zum „Umfairteilen" hier vor Ort.

Halise Adsan
Tanja Bauder-Wöhr
Henning Köster-Sollwedel
Jan Schalauske

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Henning Köster
Wilhelm Roser Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 16

Im OB-Wahlkampf vor gut eineinhalb Jahren hat der OB in seiner Neujahrsansprache meinen Vorschlag zur Einrichtung eines Stadtmuseums positiv aufgegriffen. Welche konkreten Schritte zur Konzipierung wurden seither unter Beteiligung welcher Persönlichkeiten und mit welchen Ergebnissen und Perspektiven gegangen?

Sehr geehrter Herr Köster,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Über die Urheberschaft der Idee eines stadthistorischen Museums gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Die Frage eines Stadtmuseums selber kann nach Auffassung des Magistrats nur in einem Zusammenhang mit drei großen Fragestellungen bzw. Themen gesehen werden:

- den bereits bestehenden historischen Sammlungen, Orten und Denkmälern
- der Museumslandschaft in der Region Marburg insgesamt
- der Entwicklung des Schloss-Areals mit dem Kulturhistorischen Museum.

Aus diesem Grund hat der Magistrat am 19.09.2011 die Erstellung einer „Potenzial-Studie Stadtgeschichte – Museumslandschaft – Schloss-Areal" bei dem renommierten Bonner Museums- und Kulturberatungsunternehmen ConCultura in Auftrag gegeben.

Zwischenzeitlich wurde Wert darauf gelegt, dass die UNESCO-Bewerbung und ihre Implikationen der „Universitätsstadt als kultureller Raum über 500 Jahre" in die Potenzial-Studie Eingang finden. Deshalb wurde die Fertigstellung der Studie auf Ende Oktober terminiert. Es ist gerade zur Fragestellung der Darstellung von Stadtgeschichte mit interessanten Ergebnissen zu rechnen. Die Potenzial-Studie wird selbstverständlich den städtischen Gremien und Foren (Kulturforum) zur ausführlichen Beratung und Diskussion vorgestellt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Henning Köster
Wilhelm Roser Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 17

Wie beurteilt es der Magistrat, dass der Leiter des polizeilichen Staatsschutzes in Marburg, Bernd Müller, versucht hat die ehemalige Stadtverordnete Gottschaldt, nachdem sie beim Ordnungsamt eine öffentliche Kundgebung zum Thema „Steuergesetz 2013 und die darin erweiterten Befugnisse des Verfassungsschutzes" angemeldet hatte, telefonisch danach zu befragen, aus welchen politischen Kreisen TeilnehmerInnen an dieser genehmigten öffentlichen Kundgebung zu erwarten seien und ob ihr etwas über Aktivitäten einer sogenannten „Antifa" bekannt sei?

Sehr geehrter Herr Köster,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Polizei ist für die sichere Durchführung von Kundgebungen und Demonstrationen verantwortlich. Insbesondere wenn - wie in diesem Fall - kein offizielles Kooperationsgespräch durchgeführt worden ist, ist es nicht ungewöhnlich, dass die Polizei mit den für die Durchführung einer Versammlung verantwortlichen Personen Kontakt aufnimmt, um nähere Informationen über den Ablauf, die Teilnehmerzahl und anderes zu erhalten.
Der konkrete Inhalt des Telefongesprächs ist dem Magistrat nicht bekannt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Anni Röhrkohl
Am Schlag 5

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 18

Der Magistrat möge mitteilen, wieviel qm Kunstrasen in den Monaten Mai bis August 2012 auf den Lahnwiesen verlegt wurden und wie teuer die gesamte Maßnahme bisher war.

Sehr geehrte Frau Röhrkohl,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Auf den Lahnwiesen wurde kein Kunstrasen verlegt. Gemeint ist evtl. die Verlegung von Rollrasen. Es wurden ca. 850 m² Rollrasen verlegt. Mit den Arbeiten beauftragt wurde unser DBM. Die geschätzten Kosten liegen bei ca. 5.000,00 € incl. Material.
Eine Abschlussrechnung liegt dem Fachdienst Stadtgrün bisher noch nicht vor.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 13.09.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Philipp Stompfe
Annablickweg 12

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 19

Kann der Magistrat die Gewinn- bzw. Verlustrechtrechnung von 3-Tage-Marburg mitteilen?

Sehr geehrter Herr Stompfe,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Veranstaltung „3-Tage-Marburg" wird von der Marburger Marbuch Verlagsgesellschaft mbH eigenwirtschaftlich organisiert und durchgeführt. Wegen der besonderen Bedeutung des Stadtfestes als überregional bekannte Veranstaltung, die mit einem erheblichen Imagegewinn für die Universitätsstadt Marburg verbunden ist, hat die Stadtverordnetenversammlung in den letzten Jahren einen Finanzierungszuschuss im jeweiligen Haushalt bereitgestellt. Im Jahr 2012 beläuft sich dieser Zuschuss auf 30.000 €. Angesichts der Vielzahl an meist kostenlosen kulturellen Angeboten der Veranstaltung deckt dieser Betrag jedoch nur einen kleineren Teil der Gesamtkosten ab.

Da somit die Veranstaltung von einer privaten Gesellschaft und nicht von der Universitätsstadt Marburg selbst durchgeführt wird, kann der Magistrat eine Gewinn- und Verlustrechnung nicht vorlegen. In den jeweiligen Nachgesprächen wird diese Frage aber besprochen. Seit 1999 ist dabei kumuliert ein Ergebnis von 1.722 € aufgelaufen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Halise Adsan
Alter Kirchhainer Weg 6

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 20

Die meisten asphaltierten Waldwege im Raum Marburg werden seit Jahren nicht mehr in Stand gehalten. Die so entstandenen tiefen Schlaglöcher, sind vor allem für RadfahrerInnen sehr gefährlich. (z. B. Verlängerung des Ginseldorfer Weges über die Lahnberge nach Bauerbach, der Abstecher zur Panoramastraße, der Weg vom Sanatorium Sonnenblick über die alte Cappeler Müllkippe bis zu Hof Capelle oder der vom Ende des Alten Kirchhainer Weges zum Trimm-Dich-Parcours/Hansenhaus links).
Was kann die Stadt Marburg tun, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten?

Sehr geehrte Frau Adsan,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die mit Asphalt befestigten städtischen Waldwege werden umgehend kontrolliert und ausgebessert. Einige der genannten Wege befinden sich in der Zuständigkeit anderer Institutionen. Diese werden vom Fachdienst Tiefbau auf den schlechten Zustand hingewiesen.

In Zukunft ist vorgesehen, den Zustand der städtischen Waldwege öfter zu überprüfen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14a

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 21

Wie setzen sich die Kosten für einen Betreuungsplatz im Bereich U3 bzw. bei einem Kindergartenplatz (3-6 Jahre) in der Kindertagesbetreuung zusammen?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Betreuungsplätze für Kinder U3 in Krippen sind überwiegend Ganztagsplätze. Ein Ganztagsplatz in einer Krippe erzeugt jährlich durchschnittliche Kosten zwischen rund 13.000 € und 14.000 €. Von diesen Kosten entfallen zwischen 82% und 85% auf Personalkosten.

Diesen Gesamtkosten je Platz stehen folgende Einnahmen gegenüber:
- Elternbeiträge (einschl. Essensgeld): 2.376 €
- KNIRPS-U3-Zuschüsse Land Hessen: 3.000 €

Daraus ergibt sich ein jährliches Defizit (= Kosten – Einnahmen) pro Platz von rd. 7.600 € bis 8.600 €. Bei Krippenplätzen in städtischer Trägerschaft wird dieses Defizit vollständig von der Stadt Marburg getragen, bei Krippenplätzen in freier und kirchlicher Trägerschaft übernimmt die Stadt je nach Vertrag zwischen 95% und 100% des Defizits.

Rund die Hälfte der z.Zt. 328 Krippenplätze in Marburg werden in unterschiedlicher Weise – z.B. durch Finanzzuschüsse, aber auch durch die Bereitstellung von Gebäuden – durch Universität, Studentenwerk, UKGM und Behring-Werke gefördert. Bei diesen Plätzen reduzieren die Förderleistungen entweder die Kosten – z.B. indem keine Gebäude- und Gebäudenebenkosten anfallen – oder erhöhen die Einnahmen durch direkte betriebliche Pro-Platz-Zuschüsse bis zu max. rd. 2.600 €. In diesen Fällen verringert sich der städtische Zuschuss entsprechend.

Im Bereich der Kindertagesstätten für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren variieren die Kosten pro Platz deutlich nach Maßgabe der täglichen Betreuungsdauern. Die Kosten werden hier stellvertretend an zwei unterschiedlichen, aber relativ typischen Einrichtungen dargestellt: die Pro-Platz-Kosten in den verschiedenen KiTas schwanken zwischen ca. 6.200 € in einer KiTa mit einem niedrigen Anteil an Ganztagsplätzen und rd. 7.800 € in einer KiTa mit einem hohen Anteil an Ganztagsplätzen. Der Personalkostenanteil schwankt zwischen 78% und 84% an allen Kosten.

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14a

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 22

Wie oft musste die Stadt im Jahr 2011 Müll im öffentlichen Bereich entsorgen und in wie vielen Fällen konnten die Verursacher ermittelt und zu den Kosten herangezogen werden?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Jahre 2011 entsorgte die Universitätsstadt Marburg in 463 Fällen Müll, der im öffentlichen Bereich unerlaubt entsorgt wurde. Es handelte sich hier um Hausabfälle, Bauschutt, pflanzliche Abfälle und Sperrmüll.

In 8 Fällen konnten die Verursacher ermittelt und zu den Kosten herangezogen werden

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Mathias Range
Bühl 12

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 23

Unter Bezugnahme auf die kleine Anfrage der Stadtverordneten Frau Anni Röhrkohl (CDU, Nr. 15 03 /05) wird der Magistrat gebeten, Auskunft darüber zu geben, warum der Fachdienst Tiefbau die aus der Anfrage gewonnene Anregung entgegen der damaligen Zusage nicht aufgegriffen hat, denn eine Beleuchtung im Bereich Universitätsstraße von Haus Nr. 28 (Fußgängerüberweg) bis zum Haus Nr. 34 ist bei der Baumaßnahme nicht erfolgt.

Sehr geehrter Herr Range,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Bei der Baumaßnahme „Umgestaltung der Universitätsstraße" wurde die Beleuchtung der Straße nach den anerkannten Regeln der Technik erneuert. Daher ist eine ausreichende Beleuchtung des Fußgängerüberwegs vorhanden.
Auch die Ausleuchtung der Bushaltestelle „Philippshaus" ist mit einem Abstand der zwei vorhandenen Leuchten von rd. 35,00 m ausreichend.
Die Beantwortung erfolgte in Abstimmung mit den Stadtwerken. Zurzeit wird von diesen überprüft, ob eine zusätzliche Solarbeleuchtung der Wartehalle umgesetzt werden kann.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Mathias Range
Bühl 12

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 24

Der Magistrat wird ferner gebeten, Auskunft darüber zu geben, bis wann und in welcher Weise er die Bushaltestelle „Philippshaus" entsprechend seiner Zusage derart mit einem Leuchtmittel auszustatten beabsichtigt, dass ein sicheres Ein- und Aussteigen in bzw. aus den Bussen, sowie ein Lesen der Busfahrpläne ermöglicht wird.

Sehr geehrter Herr Range,

zur Beantwortung verweisen wir auf die Antwort zu Nr. 23:

Bei der Baumaßnahme „Umgestaltung der Universitätsstraße" wurde die Beleuchtung der Straße nach den anerkannten Regeln der Technik erneuert. Daher ist eine ausreichende Beleuchtung des Fußgängerüberwegs vorhanden.
Auch die Ausleuchtung der Bushaltestelle „Philippshaus" ist mit einem Abstand der zwei vorhandenen Leuchten von rd. 35,00 m ausreichend.
Die Beantwortung erfolgte in Abstimmung mit den Stadtwerken. Zurzeit wird von diesen überprüft, ob eine zusätzliche Solarbeleuchtung der Wartehalle umgesetzt werden kann.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Philipp Stompfe
Annablickweg 12

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 25

Wie ist der Sachstand bezüglich des Ausbaus bzw. Aufbaus der Glasfaserverkabelung in der Stadt Marburg?

Sehr geehrter Herr Stompfe,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadtwerke Marburg (SWM) haben in 2011 einen Ausbauplan mit Glasfaser bis in alle Gebäude (FTTH-Modell) für das gesamte Stadtgebiet Marburg entwickelt und durch eine umfangreiche Machbarkeitsstudie auch die kostenseitige Realisierbarkeit prüfen lassen. Nachdem die Deutsche Telekom AG (DTAG) im Frühjahr eigene Pläne, jedoch nur für den Kernstadtbereich und mit erheblichem Unterstützungsleistungen der Stadt vorgestellt haben, prüfen die Stadtwerke Marburg zurzeit im Auftrag des Magistrats eine Kooperationsmöglichkeit mit der DTAG über die Errichtung eines Glasfasernetzes in Marburg.
Eine solche Kooperation würde den Breitbandausbau von Bereichen der Kernstadt Marburgs mit Glasfaser in Form eines FTTH-Ausbaukonzeptes durch die Stadtwerke Marburg mit anschließender exklusiver Vermietung an die DTAG beinhalten.

Die Kooperationsgespräche zwischen den SWM und der DTAG sind zurzeit an einem Punkt angelangt, an dem die DTAG detaillierte Berechnungen mit den SWM abstimmen und zu diesem Zweck auch Geschäftsinterna offen legen muss.
Die bislang ermittelten Wirtschaftlichkeitsdaten nach dem Netzmietmodell erlauben der DTAG nach eigener Auskunft nicht, das gesamte Stadtgebiet inklusive aller Außenstadtteile mit einem FTTH-Breitbandangebot auszustatten. Für einen FTTH-Komplettausbau entstünde vielmehr ein erheblicher kommunaler Zuschussbedarf.
Es ist deshalb angesichts des Zuschussbedarfs zu entscheiden, ob eine mögliche Kooperation mit der DTAG weiterverhandelt, auch unter der Option einer Mischlösung aus FTTC (Anbindung der Verteilerstandorte) und FTTH oder der Ausbauplan der SWM umgesetzt werden soll.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Tanja Bauder-Wöhr
Amselstraße 11

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 26

Der Weg von der Stauffenbergstr. zum Runden Baum ist stellenweise so von Brennnesseln zugewachsen, daß ein Ausweichen der Fußgänger mit Kinderwagen oder Hund eine Zumutung ist. Ist es möglich, daß der DBM die schlimmsten Engstellen zurückstutzt?

Sehr geehrte Frau Bauder-Wöhr,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der für die Verkehrssicherungspflicht an Straßen/Wegen zuständige Fachdienst hat für Anfang September eine zweite Mahd von Banketten und Wegrändern außerhalb von Ortsdurchfahrten beantragt.

Im Zuge dieser Arbeiten wird auch der Weg von der Stauffenbergstraße zum Runden Baum gemäht werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Halise Adsan
Alter Kirchhainer Weg 6

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 27

Wie viele öffentliche Gebäude stehen in der Stadt Marburg über welchen Zeitraum leer und wie viele davon wären für Wohnraum geeignet? Was kann der Magistrat entsprechend über Leerstand in Gebäuden, die sich in Privatbesitz befinden, berichten?

Sehr geehrte Frau Adsan,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:
Wir haben leider keinen Überblick, welche öffentlichen Gebäude in der Stadt Marburg insgesamt leer stehen. Folgende städtischen Gebäude stehen derzeit leer:

- Kilian, Schuhmarkt 4
  Das Gebäude wurde durch die Stadt Marburg im September 2011 gekauft und steht seitdem leer. Der Umbau zu studentischen Wohnungen ist durch die GeWoBau vorgesehen.
- Fronhofschule, Schulstr. 14
  Das Gebäude steht seit Schuljahresbeginn im August 2012 leer. Es ist grundsätzlich für eine Wohnraumnutzung geeignet. Die Prüfung hinsichtlich der künftigen Nutzung des Gebäudes (Verkauf, Vermietung, Eigennutz) läuft derzeit.
- Am Plan 3
  Das Gebäude steht seit dem Auszug des Jugendamtes im Februar 2012 weitgehend leer. Zurzeit sind sechs städtische Arbeitsplätze in dem Haus untergebracht. Die künftige Nutzung hängt von der weiteren Innenstadtentwicklung (provisorische Unterbringung des Fachbereichs Jura der Philipps-Universität, Gutenbergcenter) ab. Die zwischenzeitliche Prüfung, ob das Gebäude übergangsweise für studentisches Wohnen zur Verfügung gestellt werden kann, hatte erheblichen Investitionsbedarf (Einrichtung von Küchen- und Badfunktionen) ergeben.

Über Leerstand in Gebäuden, die sich im Privatbesitz befinden, liegen uns leider keine Informationen vor.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Sascha Klee
Schützenstraße 20

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 28

Wie häufig und mit welcher Hauptursache ist der am Hauptbahnhof gelegene Aufzug zum Ortenbergsteg im Verhältnis zum Oberstadtaufzug außer Betrieb?

Sehr geehrter Herr Klee,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Untersucht wurde der Zeitraum vom 01.01. 2011 bis 28.08.2012 mit folgenden Ergebnissen:

Aufzug 36 Oberstadtaufzug – Kleine Kabine

Jahr	Störungen	Reparaturen	Personenbefreiungen
2011	4	21	25
2012	7	14	23

Aufzug 37 Oberstadtaufzug – Große Kabine

Jahr	Störungen	Reparaturen	Personenbefreiungen
2011	8	16	61
2012	9	17	34

Aufzug 42 – Ortenbergsteg-Aufzug

Jahr	Störungen	Reparaturen	Personenbefreiungen
2011	9	38	10
2012	6	24	5

Die Hauptursache für die Anzahl der Reparaturen für den Aufzug Ortenbergsteg sind Vandalismusschäden. Der Aufzug wird täglich von 23.00 Uhr bis 06.00 Uhr abgeschaltet. Die vorhandene Videoeinrichtung wird ständig beschädigt, deshalb wird nach anderen Kamerastandorten gesucht.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.08.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Sascha Klee
Schützenstraße 20

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 31.08.2012
hier: Frage Nr. 29

Wie beurteilt der Magistrat die Möglichkeit, mittels eines QR-Codes Hintergründe zur Namensgebung von Straßen und Informationen zu im Stadtraum aufgestellten Büsten, Kunstwerken etc. im Rahmen von thematischen Aktionen oder auch dauerhaft verfügbar zu machen?

Sehr geehrter Herr Klee,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Rahmen des Grimm-Jahres sind erstmals in größerem Umfang und z. T. auch im großen Maßstab (Oberstadtaufzug, Mensa-Milchbar) QR-Codes eingesetzt worden. Bisher kann noch nicht abschließend beurteilt werden, wie die auf der Website www.marburg.de/grimm hinterlegten Informationen über Grimm-Programm, Grimm-Dich-Pfad, etc. abgerufen werden. Sicherlich handelt es sich um eine Informationsübertragungsmöglichkeit, die auch bundesweit und international auf dem Vormarsch ist.

Die Stadt Marburg ist dabei, die Voraussetzung für eine solch mögliche Informationsübertragung zu schaffen. QR-Codes führen ja in der Regel auf Informationen, die auf Websites hinterlegt sind. Wichtige Sehenswürdigkeiten sind bereits auf der städtischen Website www.marburg.de/de/70076 dargestellt. In den nächsten Monaten soll auch eine Aufstellung der Straßennamen mit Hintergrundinformationen erfolgen und ins Netz gestellt werden.

Die Anbringung von QR-Codes, die zu diesen Informationen führen, ist dann auch eine Frage der Platzierung dieser QR-Codes an Straßenschildern und Denkmälern. Dies müsste eigens von Fall zu Fall geprüft werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister